

BLOG POST

EIN PAKT AUF LAMPEDUSA

| 12/09/2019 | ENRICO LETTA | DEMOCRACY AND CITIZENSHIP

Sehr geehrter Herr Direktor, die grundlegende Aufgabe Italiens muss darin bestehen, das Scheiterns der Migrationsproblematik zu vermeiden, das muss die Priorität am Anfang dieser europäischen Legislaturperiode sein. Die Abwesenheit einer effizienten europäischen Migrationspolitik hat in den letzten Jahren tiefe Kluft geschaffen und dramatische Effekte hervorgerufen. Sie hat das Mittelmeer zu einem Friedhof gemacht, eine Schande, die unter den unehrenhaftesten Seiten der europäischen Geschichte bleiben wird. Sie hat unvorstellbare Erdbeben verursacht, vom Brexit bis zum Aufstieg der fremdenfeindlichen und populistischen Rechten überall, Salvini's Italien an der Spitze.

Aber warum wurde keine europäische Migrationspolitik geschaffen, die in der Lage ist, die Achtung der Menschenrechte mit einer geregelten Steuerung der Migrationsflüsse an den Grenzen in Einklang zu bringen? Warum stehen wir vier Jahre nach den Migrationshöhepunkten von 2015 immer noch vor dem Dilemma „geschlossene Häfen“ oder „alle reinlassen“? Wenn wir diese Fragen nicht beantworten können, wird die Debatte weiterhin chaotisch und ohne jegliches Ergebnis bleiben. In Ermangelung von Lösungen werden die Populisten und Fremdenfeinde, die Ängste schüren und Simplifizierungen verbreiten, die Oberhand behalten. Dass es sich um einen Kurzschluss gehandelt hat, wird von dem inakzeptablen Vorschlag bewiesen, der Europäischen Kommission die Benennung „Schutz unseres Lebensstils“ im Zusammenhang mit dieser Problematik anzuhängen.

Ich unterbreite hier einen Vorschlag, der der EU meiner Meinung nach zu einer wahren Migrationspolitik verhelfen kann. Bei einem Phänomen von solcher Intensität und Dauer erweisen sich Lösungen, die nur auf nationaler Ebene getroffen werden, letztendlich als unwirksam. Nur auf europäischer Ebene können entscheidungskräftige Bestimmungen getroffen werden, die ausreichend kritische Masse für einen radikalen Wechsel haben.

Aber was hat nicht funktioniert und was muss geändert werden? Die EU hat die Krise mit alten Instrumenten angegangen und nicht die Kraft gefunden, sie zu ändern, aufgrund eines weit verbreiteten Egoismus und der von Ungarn und anderen Mitgliedstaaten eingelegten Vetos. Das

Dubliner Übereinkommen, das besagt, dass derjenige Staat verpflichtet ist, das Asylverfahren durchzuführen, in dem die asylsuchende Person zum ersten Mal die EU-Grenzen betritt, ist ein vor Jahrzehnten angesichts anderer Szenarien vor der Instabilität und Mobilität infolge des arabischen Frühlings geschaffenes Abkommen.

Wir brauchen Einstimmigkeit, um es zu ändern, und trotz der vielen Bemühungen auf italienischer Seite gelang es uns nie, die Länder zu überzeugen, die den härtesten Widerstand boten. Paradoxal ist, dass die sich am härtesten widersetzen Länder - Ungarn an erster Stelle - sich dann mit dem Italien Salvini's alliierten.

Angesichts der Pattsituation ist klar, dass der Weg der Einstimmigkeit aufgegeben werden muss. Mit ungarischen Vetos bleiben wir in der Furt stecken, Migranten sterben weiterhin auf See, und die öffentliche Meinung bezieht Stellung gegen das Europa von Brüssel und nicht gegen diejenigen, die Vetos einlegen. Es geht darum, den Mut zu finden, um die Frage des vorübergehenden Ausscheidens aus den EU-Verträgen zu stellen. Ein radikaler Schritt, der sich jedoch als notwendig erweist, jedoch keine neue Schritt, da er bereits in mindestens zwei emblematischen Fällen getan wurde: für Schengen und für die Einrichtung des staatlichen Rettungsfonds, an dem Großbritannien und die Tschechische Republik nicht teilgenommen haben und die eine Schlüsselrolle in der Finanzkrise spielte.

Wir brauchen ein neues Abkommen zwischen den europäischen Ländern, die mit uns einverstanden sind. Vorausgesetzt jedoch, dass diejenigen, die damit einverstanden sind, die Regel der Mehrheit akzeptieren und ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Dieses neue Abkommen - dessen Unterzeichnung auf Lampedusa ein starkes politisches und symbolisches Zeichen setzen würde - muss an die Stelle des Dubliner Abkommens treten und zunächst die Regel über die Verantwortung des Landes, wo die Asylsuchenden zum ersten Mal die EU-Grenzen betreten, abschaffen.

Das Abkommen von Lampedusa muss sich neue Mittel geben, um den Empfang der Migranten zu organisieren und die Last gleichmäßig auf die Unterzeichnerländer zu verteilen, indem Automatismen geschaffen werden, um die erbärmlichen, sich gegenseitig unterbietenden Auktionshandlungen zu vermeiden, die wir in den letzten Jahren bei jeder Ankunft eines Bootes erlebt haben: Frankreich nimmt 20, Spanien 15, Polen null und so weiter, mit unerträglichem Zynismus und scheußlicher Heuchelei. Nein, dieses erschreckende Hin- und Herziehen war das schlechteste Bild, das Europa der Welt zeigen konnte! Das muss aufhören und automatischen Umsiedlungsverfahren weichen, die von einer zentralen europäischen Behörde geleitet werden, die mit geeigneten Befugnissen ausgestattet und befugt ist, Kriterien der Menschlichkeit anzuwenden wie z. B. die Zusammenführung der Angehörigen.

Die Zentralisierung wird es ermöglichen, die Ströme der Asylbewerber und Wirtschaftsmigranten unterschiedlich zu steuern und gleichzeitig müssen die diesen Einwanderern zustehenden Pflichten, angefangen beim Erlernen der Landessprache, gefördert werden. Weitere Punkte sind die Kontrolle der EU-Außengrenzen, die Beziehungen zu den Drittländern und die Koordinierung

der Vorschriften für Rettungseinsätze auf See.

Diesbezüglich zeigt die Erfahrung, dass es sich um eine Aufgabe handeln muss, die in erster Linie in den Händen von staatlichen oder zwischenstaatlichen Maßnahmen liegt, so wie es bei Mare Nostrum der Fall war, der italienischen humanitären Militärimmission, die viele Menschenleben rettete und gleichzeitig zur Festnahme vieler Menschenhändler führte. Die unerträgliche Kriminalisierung der NRO des Mittelmeers, die auch von Zingaretti scharf angeprangert wurde, ist äußerst widersprüchlich.

Diese NRO werden angegriffen, weil sie so gut wie möglich Aufgaben erfüllen, die jenem Staat obliegen, der beschlossen hat, sie nicht zu erfüllen.

Und Ungarn? Sind nicht diejenigen, die ihr Veto einlegen, die großen Gewinner? Erweist man so Orbán paradocherweise nicht einen Gefallen? Ich antworte mit einem Hinweis auf das Prinzip des Realismus. Selbst wenn Ungarn sich damit einverstanden erklären würde, Migranten aufzunehmen, wären die zugewiesenen Quoten aufgrund der geringen Größe des Landes praktisch nur symbolisch. Ungarn wäre nicht entscheidend. Entscheidend war jedoch in den letzten Jahren, dass Ungarn jeden gemeinsamen Fortschritt blockiert hat. Etwa so, wie es Großbritannien in Wirtschafts- und Währungsfragen getan hatte, mit dem Unterschied, dass London den anderen zuließ, mit dem Staatlichen Rettungsfonds 2012 fortzufahren. Jetzt brauchen wir Mut. Italien muss in der vordersten Reihe stehen, zusammen mit Deutschland. Das größte Land der ersten Grenzüberschreitung und das größte, das Endziel darstellende Land. Herr Conte und Frau Merkel sollten einen Vorschlag ausarbeiten, der zunächst von Frankreich und Spanien, dann auch von den anderen geteilt wird. Die EU-Kommission sollte an der Initiative vor allem deshalb beteiligt werden, weil die zentralen Instrumente, die sich daraus ergeben würden, mit ihr verbunden sein sollten.

Eine derartige Initiative bedarf jedoch der Unterstützung der Zivilgesellschaft und insbesondere der jungen Generation. Aus diesem Grund werden wir das Projekt eines Übereinkommens von Lampedusa in Cesenatico starten, wo heute das 5. Akademische Jahr der Schule für Politik eröffnet wird. Eine Initiative, die eigens gegründet wurde, um an die jungen italienischen Studenten Stipendien zu vergeben, die ihnen helfen sollen, sich der guten Politik zuzuwenden und die Institutionen kennenzulernen.

Mit der neuen italienischen Regierung ist dieser Vorschlag keine kleine Utopie mehr. Er kann zum europäischen Wendepunkt in der Migration werden. Die Schande des Mittelmeers als Meer des Todes wird unauslöschlich bleiben. Die Zukunft kann jedoch anders aussehen.

Enrico Letta
Pd, ehemaliger Ministerpräsident
President of the Jacques Delors Institute